

11. September 2019

Schriftliche Anfrage

von Marcel Tobler (SP)
und Nadia Huberson (SP)

Familienergänzende Kinderbetreuung ist zentral für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Betreuungskosten, vor allem im Vorschulalter, belasten die Haushaltsbudgets erheblich. Eine Vollzeitbetreuung in der Kinderkrippe kostet monatlich rund 2400 Franken – pro Kind. Auch mit einkommensabhängigen Subventionen und Hilfe von Verwandten oder Nachbarn sind junge Eltern – häufig die Mütter – während mehreren Jahren gezwungen, in tiefen Teilzeitpensen zu arbeiten, auf Einkommen und Sozialleistungen zu verzichten und ihre Karriere zu gefährden. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte am Arbeitsmarkt und Frauen in Führungspositionen.

Eine stärkere Subventionierung der Betreuungskosten würde Familien entlasten, eine bessere Teilnahme junger Eltern am Arbeitsmarkt ermöglichen, die Gleichstellung fördern und Karriereknicks verhindern. Höhere Arbeitspensen und Einkommen leisten auch mehr Beiträge an die Sozialwerke und die Refinanzierung der Ausbildung. Gleichzeitig reduzieren sie das Armutsrisiko und die Sozialausgaben nach Trennungen.

Gemäss städtischem Report Kinderbetreuung vom Mai 2019 steigt zwar das Angebot an Kita-plätzen in der Stadt Zürich kontinuierlich, allerdings werden nur rund 40 % des Gesamtangebots an Kitaplätzen subventioniert. Die Eltern tragen seit Jahren unverändert rund zwei Drittel der gesamten städtischen Betreuungskosten, die Stadt beteiligt sich nur zu knapp einem Drittel. Hier besteht Steigerungspotenzial.

Das städtische Subventionsmodell enthält mehrere diesbezügliche Ansatzpunkte: Erhöhung des subventionsberechtigten massgebenden Einkommens, Erhöhung der Abzüge für die Lebenshaltungskosten, Senkung der Minimal- und/oder der Maximalbeiträge pro Betreuungstag, Preisabstufungen für mehrere betreute Kinder pro Familie oder eine einkommensabhängige Progression. Denkbar ist auch die volle Subventionierung aller Plätze, also kostenlose Kitas, entweder vom Eintritt bis zum Übertritt in den Kindergarten oder für die ersten ein, zwei Jahre. Allerdings wären jeweils auch Wechselwirkungen und steuerliche Auswirkungen zu beachten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche der oben genannten Massnahmen oder Kombinationen davon würden zu einer stärkeren Entlastung der subventionsberechtigten Familien führen und in welchem Umfang? Bitte um einen Vergleich in einer Modellrechnung.
2. Mit welchen dieser Massnahmen oder Kombinationen davon wären mehr Familien als heute subventionsberechtigt und in welchem Ausmass?
3. Welche dieser Massnahmen oder Kombinationen davon wären dazu geeignet, die Teilnahme der jungen Eltern, insbesondere der Mütter, am Arbeitsmarkt deutlich zu fördern?
4. Welcher Massnahmen-Mix wäre dazu geeignet, eine Subventionierung von mindestens der Hälfte der gesamten städtischen Kinderbetreuungskosten im Vorschulalter zu erreichen?



